

Arbeiterstimme



Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Fußball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

Vom 14. bis 21. August Betriebswoche für die

8. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 18. August 1932 Nummer 186

„Jeden Lohnabbau durch Streik abwehren!“

Antifaschistische Aktion in jedem Betrieb!

Keine Zeit verlieren — die Massen mobilisieren!

Schreitet im Sinne der nebenstehenden Entschliebung vom Kampfgelöbnis zur Tat!

Textilbelegschaft Schiller, Bernstadt, rückt zum Kampf!

Eine gutbesetzte Betriebsversammlung von Schiller, Bernstadt, wählte einen Kampfausschuss und nahm einstimmig bei guter Kampfsimmung folgende Resolution zum Textilkampf an:
„Die Belegschaftsversammlung des Textilbetriebes Schiller, Bernstadt, protestiert auf das Schärfste gegen den ungeheuerlichen Versuch der Textilkapitalisten auf die Löhne der Textilarbeiter. Sie erklärt, daß sie mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln, vor allem auch durch Streik, jeden weiteren Lohnabbau abwehren wird. Die Textilarbeiter können sich nicht auf die reformistischen Führer des DVB verlassen, die nur darauf bedacht sind, einen entschlossenen Kampf der Arbeiterklasse zu verhindern. Wir stellen uns einmütig hinter unseren heute gewählten Kampfausschuss.“



Bis zu 20 Prozent Lohnraub wollen die sächsischen Textilindustriellen diktieren. Die Hungerlöhne der Textilarbeiter und -arbeiterinnen sollen weiter erheblich gesenkt werden. Den jugendlichen Arbeitern droht die Zwangsarbeit. — So schreibt heute die bürgerliche Presse im Bericht über die Beratungen am Wirtschaftsprogramm der Papen-Regierung, daß unter anderem „beim freiwilligen Arbeitsdienst ein allmählicher Uebergang zur Arbeitsdienstpflicht angebahnt werden soll, und zwar denkt man dabei an Pflicht zum Arbeitsdienst für einen oder zwei Jahrgänge von Jugendlichen. Wenn die gegenwärtigen Verhandlungen zum Erfolge führen, wird möglicherweise bei bestimmten Jahrgängen von Erwerbslosen die Zahlung der Erwerbslosenunterstützung von dem Nachweis der Arbeitswilligkeit abhängig gemacht.“

Hungerlohn und Zwangsarbeit, dazu weiterer Abbau der Unterstützungssätze! Und faschistische Tarifverträge! Und Einsatz der SA-Banden in der Organisation der sogenannten Arbeitsdienstpflicht. Dazu Wahlrechtsraub, faschistische Reichsreform.

Also stärkste politische Knebelung und wirtschaftliche Unterdrückung der Arbeitermassen. Das ist der faschistische Kurs der Papen-Regierung.

Schon geht man dazu über, Gewerkschaftsversammlungen zu verbieten. Ohne Angabe von Gründen wurde von der Polizei eine Mitgliederversammlung der Berliner Lederarbeiter unterdrückt. Die Nazis versuchen in die Betriebe einzudringen, um wie sie selbst sagen, bei einem eventuellen Generalstreik der Arbeiter die Aktion der Betriebsarbeiter verhindern zu können. Aber schon gehen zahlreiche Belegschaftsversammlungen, Gewerkschafts-Mitgliederversammlungen zu gemeinsamen Abwehrmaßnahmen über.

Die Arbeiter der Firma Köser im Fischereihafen Hamburg bildeten eine antifaschistische Betriebsstaffel. In wenigen Tagen zeichneten sich über 100 Arbeiter ein. Darunter viele sozialdemokratische und parteilose. Alle bekundeten ihre Bereitschaft zur antifaschistischen Sache. Die Betriebsschutzstaffel soll der Belegschaft Schutz gewähren gegen Naziterror und Lohnraub, gegen jede Verschlechterung der Arbeits- und Lohnbedingungen.

Eine freigewerkschaftliche Mitgliederversammlung in Obermarxloh faßte einstimmig eine Entschliebung für den Massenstreik. SPD-Mitglieder und Kommunisten stimmten einmütig für den gemeinsamen Kampf gegen faschistischen Mordterror, gegen Lohn- und Unterstützungsbau, gegen die Zerschlagung aller Arbeiterrechte.

Eine Belegschaftsversammlung der Firma Geigy in Grenzach beschloß einstimmig die Einheitsfront für den Kampf gegen die Hungermaßnahmen der herrschenden Klasse zu führen, auch mit dem Mittel des politischen Massenstreiks.

Eine ganze Reihe Betriebszellen haben für die antifaschistische Betriebswoche konkrete Kampfprogramme aufgestellt. Darunter die Werbung für den roten Massenelbstschutz, Sammlung für den antifaschistischen Kampffonds, Werbung für die kommunistische Presse, Herstellung von Betriebszeitungen usw.

In allen Betrieben errichtet selbstgewählte Einheitsorgane des Kampfes gegen jeden Pfennig Lohnraub, gegen Entlassungen, gegen die werkfaschistischen Streikbrecher, gegen die Sabotage der ADGB-Bürokratie.

Reiht euch ein als Kämpfer in die Antifaschistische Aktion! Wehrt durch Streik jeden Lohnraub ab!

Textilarbeiter-Belegschaftsversammlung polizeilich aufgelöst

(Arbeiterkorrespondenz)

Als wir Textilarbeiter von der „Gardine“ Dabritz aus zu der von der KPD nach dem Lindengarten Kneben einberufenen Belegschaftsversammlung in beträchtlicher Zahl zusammenliefen, wurde uns bekannt, daß die politische Polizei dem Lindengarten-Wirt schon zuvor mitgeteilt habe, daß unsere Versammlung nicht stattfinden dürfe. Darauf wurde uns dann selbst von Beamten der politischen Polizei mitgeteilt und unsere Versammlung offenbar auf Grund einer sozialfaschistischen Denunziation aufgelöst. In der Nähe des Versammlungsortes stand schon ein Heberkrummwagen zum „Eingreifen“ bereit. Wir haben uns daher mit allen erschienenen Kollegen an anderer Stelle versammelt und u. a. sofort eine neue Versammlung angelegt, die von den Arbeitern der Gardine umso zahlreicher besucht werden muß.

Lohnverschlechterungen für 300000 Gemeindearbeiter

In freier Vereinbarung haben jetzt die sozialdemokratischen Gemeindeführer mit dem kommunalen Arbeitgeberverband, in dessen Vorstand ebenfalls SPD-Führer sitzen, für 315 000 Gemeindearbeiter ungeheure Verschlechterungen festgelegt.

Während bisher 90 Prozent des Lohnes als Krankengeld gezahlt wurden, werden von nun an nur noch 75 Prozent vergütet. Für dienstplanmäßige Sonntagsarbeit wird die Bezahlung an Wochenfeiertagen wie bei täglichem Berufslohn. In Städten mit weniger als 100 000 Einwohnern wird der Urlaub um 1 bis 3 Tage vermindert.

In einer Zeit, wo die Papenregierung die Auflockerung des Tarifvertrages will, wo es darauf ankommt, der faschistischen Reaktion gegenüber jede Position mit aller Kraft zu verteidigen,

Nehmen die sozialdemokratischen Gemeindeführer freiwillig solchen ungeheuren Verschlechterungen zu. So unterstützen sie die faschistische Reaktion. So können sie dem Proletariat weiterhin den Weg...